

Kommunalwahlprogramm 2009

DIE LINKE. WUPPERTAL

Solidarisch leben – Soziale Gerechtigkeit in einer lebenswerten Stadt

Gliederung

- 1. Soziale Gerechtigkeit in einer lebenswerten Stadt**
- 2. Armut öffentlicher Haushalte – von oben erzwungen**
- 3. Gute Arbeit fördern - in der und durch die Kommune
Öffentlich geförderte Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs**
- 4. Öffentlich, weil's wichtig für alle ist**
- 5. Soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde für alle**
- 6. Senioren und Seniorinnen in unserer Stadt**
- 7. Bildungsgerechtigkeit in Wuppertal herstellen**
- 8. Kinder- und jugendfreundliche Stadt Wuppertal**
- 9. Grundrecht auf Ausbildung**
- 10. Zusammenleben mit allen Unterschieden**
- 11. Kultur ist eine soziale Errungenschaft**
- 12. Breitensport darf nicht gefährdet werden**
- 13. Kommunalpolitik und Umweltschutz**
- 14. Stadtentwicklung**

1. Soziale Gerechtigkeit in einer lebenswerten Stadt

Es ist traurig und beschämend: Wuppertal ist eine der familienunfreundlichsten Städte in ganz Deutschland.

Anlässlich seiner Halbzeit-Bilanz klopfte sich Oberbürgermeister Jung (CDU) noch selbst auf die Schulter. Die SPD, die in der „Großen Kooperation“ den Mehrheitsbeschaffer spielt, behauptet, das Leitbild „soziale Stadt“ zu verfolgen.

Aber das Familienministerium, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag gemeinsam mit den Zukunftsforschern von "prognos" bescheinigen, dass Wuppertal, dass unsere Stadt zu den drei unter den vierzig größten Städten gehört, die als zurückfallende Region zu bewerten sind.

Zurückfallende Region heißt: „Sehr geringe Investitionen in familienpolitische Handlungsfelder sowie eine schwierige wirtschaftliche und demografische Situation macht es Familien nicht leicht, sich bewusst für ein Leben in dieser Region zu entscheiden. Es besteht großer Handlungsbedarf, damit sich dieser Trend nicht fortsetzt.“ (Familienatlas der Bundesregierung 2007, S. 28)

Die Forscher des Familienatlas sind nun alle keine Mitglieder der Partei DIE LINKE. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass zurückfallende Regionen entweder „ehemalige Stahl- und Kohleregionen, die immer noch unter den verschärften Bedingungen ihres spezifischen Strukturwandels leiden“, oder „ländliche Kreise an der ehemaligen innerdeutschen Grenze“ sind – beides trifft auf Wuppertal nicht zu! Woran liegt es also?

Sehr geringe Investitionen hat nicht nur die Stadtspitze zu verantworten, auch die hiesige IHK schweigt lieber zu dem Befund.

Es klingt wie Hohn, wenn der Wuppertaler SPD-Vorsitzende Dietmar Bell sagt: „Wir sind erfolgreich. ... Unsere Themen sind platziert: Die öffentliche Daseinsvorsorge, der Strukturwandel und die soziale Stadt. Wir können zufrieden sein.“ (WZ v. 14.09.2007) Die Wirklichkeit spricht eine andere Sprache.

Seit dem Jahr 1999 gibt es linke Stadtverordnete im Rathaus und Vertreter in vielen Bezirksvertretungen, seit 2004 sind wir im Rathaus in Fraktionsstärke vertreten: zunächst durch die PDS, seit über einem Jahr durch die Partei DIE LINKE., die sich im Sommer 2007 aus dem Zusammenschluss von WASG und PDS gründete.

In den letzten Jahren machten wir die Erfahrung, dass politische Diskussion vor allem unter der „Großen Kooperation“ von CDU und SPD immer häufiger durch Verweise auf die leere Stadtkasse ersetzt wird. Unsere Forderungen nach einem kostenlosen Schulmittagessen, nach Einführung eines verbilligten „Sozialtickets“ für den öffentlichen Nahverkehr und nach einem 3-Euro-Kultur-Ticket für bedürftige Menschen wurden zunächst ohne inhaltliche Debatte abgelehnt. Erst breiter Protest in der Bevölkerung bewirkte schließlich, dass wenigstens Mittel und Wege für die – verspätete - Einführung eines verbilligten Schulmittagessens für bedürftige Kinder bereitgestellt wurden. Allerdings hat die Sache mehrere Haken: Das Schulmittagessen ist nicht kostenlos, und es werden private Spenden eingesetzt, deren Vergabe von der Öffentlichkeit nicht kontrollierbar ist. Eine öffentliche Aufgabe wird so auch vom privaten Wohlwollen abhängig.

Privatisierung oder Teilprivatisierung öffentlicher Aufgaben führt augenfällig zu einem Verlust an Kontrollmöglichkeiten durch gewählte Vertreterinnen und Vertreter der Wuppertaler Bevölkerung. Auch aus diesem Grunde setzen wir uns ständig dafür ein, dass öffentliches Eigentum nicht verkauft wird. Leider wurde in den letzten Jahren bereits vieles privatisiert: Die städtischen Kliniken wurden nach Teilentschuldung seitens der Stadt an die private Gesellschaft Helios übergeben, profitable Bereiche der Wuppertaler Stadtwerke, Häuser und Wohnungen der „Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft Wuppertal“ wurden verkauft. Betroffen von den Verkäufen sind auch Mieterinnen und Mieter der in Wuppertal gelegenen LEG-Wohnungen, immerhin etwa 1200 Wohneinheiten.

2. Armut öffentlicher Haushalte - von oben erzwungen

Es trifft zu, dass die Stadt Wuppertal – wie auch andere Kommunen – unter ständiger Finanznot leidet. Jedoch kann der Verkauf öffentlichen Eigentums keine Lösung sein: Verkauft werden – logischerweise – vor allem solche Bereiche, die Gewinn abwerfen. Bereiche, die ohne Gewinn arbeiten, interessieren private Aufkäufer sowieso nicht. Also verliert die Stadt Einnahmequellen – für immer. Da jede Sache nur einmal verkauft werden kann, ist auch eine Wiederholung solcher „Entschuldungsmaßnahmen“ nicht möglich. Wer nichts mehr hat, kann auch nichts mehr verkaufen!

Stattdessen fordern wir, durch gesetzliche Änderungen der Finanzierung der Kommunen sicher zu stellen. Genau dies ist bislang unterblieben. So hat die Steuer-Entlastung bei Unternehmen zu hohen Einnahmeverlusten bei der Gewerbesteuer auch in Wuppertal geführt. Die Gewerbesteuer ist aber die wesentlichste Steuer, die zur Finanzierung der Kommunen herangezogen werden kann. Immer neue Aufgaben werden von Land und Bund auf die Gemeinden übertragen. Oft aber ist die Gegenfinanzierung nicht ausreichend, wie die Auflösung der Versorgungsämter gezeigt hat. Da die Einnahmesituation in Wuppertal maßgeblich durch die Steuerpolitik der Bundesregierungen bestimmt wird, kann ein auf Gedeih und Verderb ausgeglichener Haushalt für uns kein Selbstzweck sein. Für Ratskoalitionen mit dieser Priorität stehen wir nicht zur Verfügung.

Anfang dieses Jahres wurde bekannt, dass die Bezirksregierung im Einvernehmen mit der Landesregierung untersagt hat, weiterhin Gelder für soziale Stadtteilprojekte auszugeben! Damit ist z.B. das Nachbarschaftsheim am Platz der Republik am Ende. Am Ende sind auch Projekte, die extra eingerichtet und gefördert wurden, um die Folgen der zunehmenden Verarmung der Stadt zu reduzieren. Dazu gehören soziale Treffpunkte, dazu gehören die Zwischennutzungs-Agentur und viele andere Einrichtungen. Landeszuschüsse dürfen dafür nicht mehr bewilligt werden, weil Wuppertal die erforderlichen Eigenmittel zwar zur Verfügung gestellt hat, dies jedoch nicht weiterhin tun darf! Die Bezirksregierung verweist dazu auf die Haushaltssicherung, unter der Wuppertal steht.

Zusammen mit den Menschen in den Stadtteilen kämpfen wir seit Monaten dafür, dass die Projekte fortgesetzt werden.

DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen dafür ein, die Einnahmenseite durch alternative Vorschläge zu verbessern.

3. Gute Arbeit fördern – in der und durch die Kommune Öffentlich geförderte Beschäftigung statt Ein-Euro-Jobs

Arbeitslosigkeit soll nicht dauerhaft alimentiert werden, sondern mit einem bundesweiten Zukunftsinvestitionsprogramm zurückgedrängt werden. Der letzte konjunkturelle Aufschwung allein trug nicht zu einer signifikanten Belebung am Arbeitsmarkt bei. Die jetzige Krise geht auch an Wuppertal nicht vorbei. Der Arbeitsmarkt in Wuppertal ist durch eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit geprägt. Sie liegt weit über dem Landesdurchschnitt. Die Zahl der versicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisse ist langfristig rückläufig, der Anteil der Langzeitarbeitslosen steigt.

Dort, wo neue Arbeitsplätze entstehen, z.B. im Bereich der Leiharbeit, sind diese vielfach von Teilzeit und Niedriglohn gekennzeichnet. Langzeitarbeitslose und Arbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen bleiben dauerhaft ausgegrenzt. Den von der Bundesregierung zu

verantwortenden Arbeitsmarktreformen – Hartz I - IV - liegt eine völlig falsche Problemdiagnose der Beschäftigungsdefizite zu Grunde: Arbeitslosigkeit ist kein Problem mangelhafter Vermittlung. Es gibt einfach zu wenige sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Langzeitarbeitslose haben immer schlechtere Chancen, jemals ein ausreichendes Arbeitseinkommen zu erzielen.

Statt Ein-Euro-Jobs fordert DIE LINKE die Schaffung öffentlicher Beschäftigungsverhältnisse. Dafür müssen alle Leistungen, die im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende von der öffentlichen Hand gezahlt werden, also die finanziellen Mittel für das Arbeitslosengeld II, die Kosten für die Unterkunft, die Beiträge zur Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie Eingliederungsmittel und die für die Träger vorgesehenen Mittel zusammengeführt und in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt außerhalb von Hartz IV umgewandelt werden. Ende des Jahres 2008 wurden in Wuppertal etwa 2400 Menschen in sogenannten Ein-Euro-Jobs beschäftigt. Mit ihnen wurden 350 städtische Projekte realisiert.

Kernpunkte des Modells sind:

- Entlohnung wenigstens auf Mindestlohniveau (8 Euro pro Stunde);
- Förderung über ein Jahr hinaus;
- Beschränkung auf gemeinnützige und zusätzliche Tätigkeiten, die keine Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt verdrängen;
- Freiwilligkeit der Teilnahme sowie das Initiativrecht der betroffenen Personen;
- Perspektiven auf dauerhafte Beschäftigung;
- Prüfung einer Kofinanzierung mit Landes- bzw. Europäischen Sozialfondsmitteln.

Durch den öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) sollen vorhandene nicht gedeckte gesellschaftliche Bedürfnisse ermittelt und ein Beitrag zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur Wuppertals erreicht werden. Die Beschäftigungsverhältnisse sollen im Bereich gesellschaftlich sinnvoller und notwendiger Arbeit angesiedelt sein, die derzeit weder von privaten Unternehmen noch von öffentlicher Seite angeboten werden. Ältere Langzeitarbeitslose erhalten eine berufliche Beschäftigungsperspektive.

Eine Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse darf es nicht geben. Die Tätigkeitsfelder bzw. Einsatzgebiete werden in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, der Stadt Wuppertal, den Gewerkschaften sowie dem Verein „Tacheles“ bestimmt. Einsatzfelder, die im öffentlichen Interesse liegen, sieht DIE LINKE im Stadtteil-, Senioren-, Jugend-, Kultur-, Umwelt- und Sportbereich.

Mit diesem Modell könnten heute schon Langzeitarbeitslose und Personen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen eine Anstellung finden. Darüber hinaus wäre eine Vermehrung der regulären Stellen im Öffentlichen Dienst sowie bei den gemeinnützigen freien Trägern im Stadtteil-, Senioren-, Jugend-, Kultur-, Umwelt- und Sportbereich möglich. Auch zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme ist eine Ausweitung regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse dringend erforderlich.

Mitte des Jahres 2008 gab es in Wuppertal 19 800 Arbeitslose, von denen 8 669 Menschen länger als ein Jahr arbeitslos waren. Unterhaltsleistungen nach Sozialgesetzbuch II („Hartz IV“) erhielten 44 248 Menschen (einschließlich ihrer Familien). Ende September 2008 waren 20 884 Arbeitslose registriert, davon 8 386 Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren. Merkbar erhöht hat sich also die Zahl derjenigen Menschen, die neu arbeitslos wurden.

4. Öffentlich, weil's wichtig für alle ist!

Gute und preiswerte Güter und Dienstleistungen von Kommunen und kommunalen Unternehmen werden immer seltener. Der Grund ist in Globalisierung, europäischer Integration und neo-liberalem Wettbewerb zu suchen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Gemeindeordnung geändert und so die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen weiter erschwert. Sie dürfen künftig nur noch zu einem „dringenden öffentlichen Zweck“ tätig werden und auch nur dann, wenn private Unternehmen diese Aufgabe „nicht mindestens ebenso gut und wirtschaftlich“ erledigen können. Dieses Prinzip lehnen wir entschieden ab. DIE LINKE setzt sich für eine Rücknahme dieser Gesetzesänderung ein und wird zusammen mit den Gewerkschaften dagegen vorgehen.

Mit der Ideologie „Privat vor Staat“ gefährden CDU und FDP die wirtschaftliche Festigung kommunaler Unternehmen und die Zusammenarbeit dieser Unternehmen in einer Region. Die Landesregierung ist dabei, das gewachsene Gefüge öffentlicher Unternehmen zu zerstören.

Seit Jahren versucht DIE LINKE zu verhindern, dass städtische Unternehmen für Gewinninteressen privatisiert werden. Inzwischen werden, nicht nur in der Abfallwirtschaft, privatisierte Unternehmen in kommunales Eigentum zurückgeführt. Nicht so in Wuppertal: 1999: Cross Border Leasing (CBL) der Müllverbrennungsanlage; 2003: Cross Border Leasing des Kanalnetzes; 2003: Privatisierung der Städtischen Kliniken und Verkauf von WSW-Anteilen an RWE/Cegedel; 2007: Rückkauf der Anteile von RWE/Cegedel, 2008: erneuter Teilverkauf der WSW Energie & Wasser AG an GDF Suez. Vorteile für die Bürger sind nicht erkennbar. Die hoch risikobehafteten CBL-Verträge werden von der Verwaltung bewusst für die Bürgerinnen und Bürger undurchsichtig gehalten. Der Teilverkauf der WSW an RWE und die angestrebte „strategische Partnerschaft“ sind kläglich gescheitert. Aus diesem Grund ist es unverständlich, dass mit GDF Suez – dem größten Energiekonzern Europas – ein neuer Versuch gestartet wurde. Für den Teilverkauf verzichtet man auf einen Teil der Versorgungsgewinne, was über kurz oder lang auch Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr haben wird.

Immer mehr Menschen und Kommunen erkennen: Privatisierte Unternehmen sind nicht leistungsfähiger, sondern teurer. Deshalb werden auch wieder zunehmend kommunale Unternehmen gegründet und rekommunalisiert. Das unterstützen wir.

DIE LINKE ist gegen das Zusammenwirken mit privaten Unternehmen in sogenannten „Public Private Partnership“-Projekten. Während die Privaten die Gewinne machen, sollen Städte und Gemeinden die Risiken tragen. Bestehende Verträge dieser Art, auch langfristige Mietverträge und Ausgliederungen von Teilbereichen der Stadtverwaltung, werden wir überprüfen und zurückholen.

DIE LINKE tritt ein für:

- ein möglichst breites Angebot an Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen;
- die Stärkung kommunaler Unternehmen, damit sie auf ihren regionalen Markt wirksam Einfluss nehmen können;
- einen Mindestbestand an gut erhaltenen Wohnungen kommunaler Wohnungsunternehmen und dessen preisgünstige Vermietung;
- kommunale Krankenhäuser als notwendigen Bestandteil öffentlicher Gesundheitsversorgung;
- eine Vorbildfunktion von Kommune und städtischen Unternehmen als Arbeitgeber: gute Bezahlung, Qualifizierung, Weiterbildung und Ausbildung, interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, Geschlechtergerechtigkeit und Einhaltung von Ausbildungsquoten;
- Tarifbindung und Rückführung von Leistungen in öffentliche Verantwortung wie bei Sicherheit, Wachdiensten, Fahrdiensten, Friedhöfen, Reinigung, Wäschereien, Schul- und Hausverwaltungen, Erhalt städtischer Grünflächen;
- den Erhalt und die Stärkung der Sparkassen, denn die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und die Krise der Westdeutschen Landesbank dürfen nicht auf den Schultern der kommunalen Sparkassen ausgetragen werden. Privatisierung oder Teilprivatisierung von Sparkassen lehnen wir ab;

- die Gewährleistung der Kontrolle städtischer Unternehmen durch Rechnungsprüfungsausschuss und Rechnungsprüfungsamt. Entsprechende rechtliche Rahmenbedingungen müssen geschaffen werden. Die Kommunen ihrerseits müssen städtische Unternehmen effektiv kontrollieren.

5. Soziale Sicherheit und Menschenwürde für alle!

Die Anzahl finanziell verarmter Menschen ist auch in Wuppertal zunehmend größer geworden, darunter befindet sich ein großer Anteil von Kindern und Jugendlichen aus Haushalten mit geringem Einkommen.

Mit den Hartz-Gesetzen hat seinerzeit die SPD-Grüne-Bundesregierung gemeinsam mit CDU und FDP Armut per Gesetz geschaffen. Mit der Rente ab 67 wird absehbar auch die Altersarmut zunehmen, weil viele Menschen Abschläge von ihrer Rente hinnehmen müssen, wenn sie aus gesundheitlichen Gründen nicht arbeiten können, bis sie 67 Jahre alt sind.

DIE LINKE wirkt für die Abschaffung der Hartz-Gesetze insgesamt und ebenso für die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, statt das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre anzuheben. Dafür ist sie in Aktion – im Bundestag wie vor Ort, in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Sozialverbänden.

Zugleich setzt sich DIE LINKE dafür ein:

- ALG II – Empfängern und –Empfängerinnen sowie Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, muss von der ARGE und der Stadtverwaltung unbürokratisch geholfen werden. Alle Ermessensspielräume sind zugunsten der Betroffenen für eine bestmögliche materielle Unterstützung zu nutzen.
- Bestehende Qualifizierungsangebote für Arbeitslose dürfen nicht reduziert werden. Die Wiedererlangung von Erwerbstätigkeit darf nicht in der Hand privater Jobvermittler bleiben.
- Ausreichende Unterstützung freier Träger, die in der Beratung und Betreuung von Menschen mit finanziellen und sozialen Problemen tätig sind.
- Die Mittel zur Jugendhilfe dürfen nicht eingeschränkt werden. Insbesondere in der operativen Tätigkeit der Sozialdienste in den Stadtbezirken sind mehr qualifizierte Mitarbeiter/innen notwendig.
- Eine ausreichende Energieversorgung für alle einkommensschwachen Haushalte ist sicherzustellen.

Für eine behindertengerechte Stadtentwicklung:

Menschen mit Behinderung sind gleichberechtigte Bürger/innen. Eine barrierefreie Stadt darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Alle öffentlichen Bau- und Verkehrsplanungen müssen den ungehinderten Zugang bzw. die ungehinderte Nutzung für Menschen mit Behinderungen und für Senioren/Seniorinnen von vornherein berücksichtigen. Umgestaltungen sind in den kommunalen Gebäuden und Einrichtungen erforderlich, in denen ein barrierefreier Zugang noch nicht realisiert ist. Das gilt auch für die Erreichbarkeit kommunaler Unternehmen.

Menschen mit Behinderungen und ihre Interessenverbände sind in die kommunalen Planungen einzubeziehen. Die Handelskammer und die Handwerkskammer, die örtlichen Arbeitgeberverbände und Innungen werden aufgefordert, die gesetzlich vorgeschriebenen mindestens 5 % Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen einzuhalten.

Gleichberechtigung und Geschlechtergerechtigkeit

Von der Gleichberechtigung der Geschlechter sind wir weit entfernt. Wesentliche Forderungen der Frauenbewegung sind nach wie vor nicht erfüllt: Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Leben in Sicherheit und ohne Gewalt, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit.

Die knappen kommunalen Kassen dienen als Begründung, um Maßnahmen für Frauen zusammenzustreichen, die Zuschüsse für ihre Einrichtungen in Städten und Gemeinden zu kürzen. Wir wollen eine aktive Gleichstellungspolitik in den Kommunen, die den Frauen die volle Teilhabe an allen gesellschaftlichen Entscheidungen ermöglicht, ohne ihnen dafür den Verzicht auf persönliche Entfaltungsmöglichkeiten abzufordern.

Politik vor Ort muss Angebote für alle unterschiedlichen Lebensformen entwickeln. Das schließt Lebensweisen von Bisexuellen, Lesben und Schwulen mit ein. Die besonderen Lebensproblematiken von Intersexuellen sowie Transgendern sind unterstützend zu berücksichtigen. In den Kommunen werden Frauen und Mädchen nicht genügend beim Einsatz öffentlicher Mittel – beispielsweise im Sportbereich – berücksichtigt. Das Instrument „Gender Budgeting“ soll in den Kommunen eingesetzt werden, um eine Gleichstellung von Männern und Frauen bei der Mittelverteilung herzustellen.

DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt und den Ausbau von Frauenhäusern und Zufluchtsorten für Frauen und Kinder, die von Gewalt betroffen oder bedroht sind;
- einen weitergehenden Schutz gegen Abschiebung bzw. ein Bleiberecht für Migrantinnen, die familiärer Gewalt oder auch erzwungener Prostitution ausgesetzt sind;
- die besondere Förderung und den Erhalt von Frauen- und Mädchenprojekten;
- die Förderung von Treffpunkten für Mädchen;
- die Förderung von Treffpunkten für Lesben und Schwule;
- ein ausschließliches Teilnahme- und Entscheidungsrecht für Frauen in frauenspezifischen Fragen;
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung Alleinerziehender vor Ort, u.a. bei der Wohnungsbeschaffung, Kinderbetreuung und Versorgung im Krankheitsfall;
- die Ersetzung von Mini-Jobs durch versicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse in den kommunalen Verwaltungen;
- die konsequente Umsetzung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ in den Verwaltungen;
- die systematische Förderung von Frauen und die Einführung einer Selbstverpflichtung der Kommunen bei Beförderungen in kommunalen Verwaltungen;
- einen kommunalen Ersatz für die weggefallene Stelle „Frau und Beruf“;
- Förderung des beruflichen Wiedereinstiegs von Frauen;
- Programme zur frauenspezifischen Gesundheitsvorsorge für alle Frauen, unabhängig von ihrer finanziellen Situation;
- kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln für Frauen in finanziellen Notlagen;
- Berücksichtigung von Fraueninteressen beim Öffentlichen Personennahverkehr – bspw. Ausbau des Angebots von Nachttaxis;
- eine sichere Stadt: Erhaltung und Ausbau der Beleuchtung der Straßen; sicher angelegte Wege, genügend Frauenparkplätze an geeigneten Stellen, ein dichtes Netz gut sichtbarer Notrufeinrichtungen;

Wichtig bleibt für uns, in Wuppertal Einrichtungen zur Arbeit mit drogenabhängigen Menschen zu sichern. Hierzu gehören vor allem Einrichtungen wie Gleis 1 und Café Döppersberg. Akzeptierende Drogenarbeit muss unterstützt werden, da allein diese Möglichkeit der Problematik gerecht wird, nicht aber die Kriminalisierung von Menschen, die Drogen konsumieren.

6. Senioren und Seniorinnen in unserer Stadt

Die Situation von Menschen in Altenheimen muss verbessert werden - 77 % der Bewohnerschaft sind übrigens Frauen.

Notwendig sind Altenwohnungen, die bezahlbar sind, die selbstständiges Leben und Wohnen ermöglichen und zugleich Versorgungsangebote entsprechend dem jeweiligen Bedarf zur Verfügung stellen. Notwendig sind neue Wohnmöglichkeiten bspw. für altengerechte Wohngemeinschaften. Um hierfür Häuser umzubauen oder neu zu bauen, sind öffentliche Mittel erforderlich.

Verstärkt müssen Pflegedienstleistungen angeboten werden, die über die bloße Grundversorgung hinausgehen, beispielsweise Begleitung beim Einkaufen, beim Spaziergehen. Solche Dienstleistungen müssen Teil eines Angebotes sein, das auch für solche Senioren und Seniorinnen erschwinglich ist, die von kleiner Rente oder von Grundsicherungs-Leistungen leben müssen. Wir sehen hierin eine öffentliche Aufgabe, die entsprechend zu finanzieren ist. Fortgesetzt werden muss der Einsatz von Bussen des öffentlichen Nahverkehrs, die absenkbare Einstiege haben für Menschen mit Behinderungen und für Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind.

7. Bildungsgerechtigkeit in Wuppertal herstellen

Wir wollen in Wuppertal mehr Bildungsgerechtigkeit herstellen. Das heißt für uns, dass die Schülerinnen und Schüler, die mehr Förderung benötigen, weil sie aus einem benachteiligten Elternhaus kommen, in der Schule diese Möglichkeiten erhalten. Insofern sind wir mit dem Deutschen Städtetag einer Meinung, dass die Mittel für Schulen in unterschiedlichen Stadtteilen unterschiedlich eingesetzt werden müssen, wie z.B. die Ausstattung mit Bibliotheken usw.

Wir glauben, dass der Erhalt und Ausbau der Bildungsinfrastruktur für die Zukunftsperspektiven der Stadt wesentlich ist. Er muss Vorrang erhalten vor Prestigeobjekten wie dem Umbau Döppersberg oder der Luxussanierung von Kulturbauten.

Bildung im Elementarbereich: Für starke, freie, selbstbewusste Kinder!

Die Kindertagesstätten und Krippen sind nicht nur Betreuungseinrichtungen, sie legen die Grundlagen für späteres erfolgreiches Lernverhalten: Neugier zu wecken, Selbstbewusstsein zu stärken, Sozialverhalten und Kommunikation zu üben, Konzentration und Motorik zu fördern ist ihre zentrale Aufgabe. Deshalb müssen alle, unabhängig von der sozialen Situation der Eltern, ungehinderten Zugang zu Kindertagesstätten haben. DIE LINKE will Kindertagesstätten und Krippen, die nicht verwahren, sondern Räume schaffen, in denen Kinder von klein auf zu kompetenten und mündigen Menschen heranwachsen: stark, frei, selbstbewusst und sozial eingestellt.

Dagegen weist das Kinderbildungsgesetz (KiBiz) in die falsche Richtung. Mit ihm werden Qualitätsstandards abgebaut, Elternbeiträge erhöht und das Personal prekären Beschäftigungsverhältnissen ausgesetzt. Das alles geschieht auf Kosten der Kinder, der Eltern mit Niedrigeinkommen, der Kommunen und vor allem der Erzieher/innen. DIE LINKE tritt in der Elementarbildung ein für:

- den erforderlichen Ausbau gebührenfreier KiTa-Plätze, die eine allseitige Persönlichkeitsentwicklung in altersgemischten Kleingruppen sicherstellen; dies schließt ein gesundes Mittagessen ein;
- bedarfsgerechte und wohnortnahe Plätze für alle Kinder, ohne Zugangsbeschränkungen;

- Betreuungs- und Öffnungszeiten, die eine Berufstätigkeit von Müttern und Vätern ermöglichen;
- ein hohes Qualitätsniveau, was die Qualifikation der Erzieher/innen und die Weiterbildung sowie die Ausstattung betrifft. Das schließt übersichtliche Gruppengrößen und eine der Verantwortung entsprechende Entlohnung ein;
- für alle Kinder die Möglichkeit, spätestens im letzten Jahr vor der Einschulung eine Elementareinrichtung kostenfrei zu besuchen;
- den Ausbau von Plätzen für die Betreuung Unter-Dreijähriger.

Grundschulen wohnortnah: kurze Beine – kurze Wege!

Die Stadt Wuppertal versucht, auch im Primarbereich Kosten einzusparen – auf Kosten der Kinder und ihrer Entwicklungschancen! Unterlassene Instandhaltung, mangelhafte Ausstattung und die Schließung wohnortnaher Grundschulen zugunsten von Zentren spart nur vordergründig und auf kurze Sicht. Die Folgekosten verpasster Entwicklungschancen trägt vor allem die junge Generation. DIE LINKE tritt ein für:

- den Erhalt auch kleinerer wohnortnaher Grundschulen sowie die Modernisierung der Bausubstanz und Ausstattung entsprechend den Anforderungen an ein bildungsförderliches Lernumfeld;
- die Wiedereinführung der Wohnortbindung für Grundschüler/innen, das wirkt der zunehmenden Ghettobildung in einkommensschwachen Stadtbezirken entgegen;
- jahrgangsübergreifendes Lernen in der Grundschule.

Längeres gemeinsames Lernen nützt *allen* Schüler/innen! - „Eine Schule für *alle*“!

In der Bildungsforschung gibt es mittlerweile übereinstimmend die Forderung, dass längeres gemeinsames Lernen besser ist für ALLE Schüler/innen. Die PISA-Ergebnisse haben gezeigt: Die Trennung in sogenannte leistungsschwache und leistungsstarke Schüler/innen ist nicht erfolgreich, denn kein anderes Land hat eine solch große Kluft zwischen der Leistung der oberen und der unteren Gruppen. Die Länder mit einheitlichen Schulsystemen haben sowohl bessere Spitzenleister als auch ein höheres Niveau bei leistungsschwachen Schüler/innen als Deutschland. Der Unterricht im Klassenverband wird dafür stärker individuell differenziert.

DIE LINKE will ein Gesamtkonzept, in dem mehr Schüler/innen bis zum Ende der Jahrgangsstufe 10 gemeinsam unterrichtet werden und alle ihren höchstmöglichen Schulabschluss erreichen! Deshalb wollen wir den Umbau der Wuppertaler Schullandschaft hin zu „Einer Schule für ALLE“. Als ersten Schritt wollen wir (fast) alle vorhandenen Schulgebäude zu Gesamtschulen zusammenfassen, und zwar in überschaubare kleine Einheiten, z.B. jahrgangsweise oder nach Zügen wohnortnah. Wir schaffen also aus der vorhandenen Bauinfrastruktur neue Verwaltungseinheiten, die dem Schulgesetz genügen. (Einige Lehrkräfte müssten zwischen den verschiedenen Gebäuden wechseln, wie es heute schon an einigen Schulen geschieht.)

Dazu müssen die beschlossenen Schließungen der beiden Hauptschulen Cronenberg und Rott rückgängig gemacht werden. Erstens verschlechtern sich damit die Verhältnisse an allen Wuppertaler Hauptschulen durch größere Klassen, und zweitens benötigen wir die Räume als Bausteine für Gesamtschulen und Ganztagsangebote.

Oberstufenzentren schaffen ein vielfältiges Wahlangebot in der Gymnasialen Oberstufe

Schüler/innen an Gymnasien, Gesamtschulen und Berufskollegs mit Abiturzweig sind in Wuppertal in ihren Wahlmöglichkeiten beschränkt, weil durch kleine Jahrgangsstufen nur wenig Auswahl ermöglicht werden kann. DIE LINKE möchte ein umfassendes Wahlangebot an Fächern in Grund-

und Leistungskursen durch Oberstufenzentren herstellen, die Oberstufenschüler/innen mehrerer Schulen aufnehmen. So können alle Schüler/innen ab dem 11. Jahrgang einschließlich der Berufskollegs ihre Fähigkeiten und Neigungen fachlich entwickeln.

Bildungsqualität erhöhen: Ganztagsunterricht und bessere Ausstattung

Seit Jahren schiebt die Stadt dringende Sanierungs- und Erhaltungsmaßnahmen an den Schulgebäuden vor sich her. Verwahrloste Gebäude bieten aber kein anregendes Lernumfeld für Heranwachsende. Sie verstärken das Gefühl der Perspektivlosigkeit, der mangelnden Wertschätzung und befördern Gewalt.

DIE LINKE fordert, die durch rückläufige Schüler/innenzahlen frei werdenden Raumkapazitäten zu nutzen, um einen Ganztagsunterricht zu ermöglichen, der ein Mittagessen in der Schule einschließt, Arbeits- und Aufenthaltsräume und sinnvolle Förder- und Erholungsphasen schafft.

DIE LINE tritt dafür ein, dass den Schulen die notwendigen Lehr- und Lernmittel finanziert werden, insbesondere die Ausstattung mit elektronischen Lernmitteln und deren Wartung, ohne welche zeitgemäßer Unterricht unmöglich ist.

Schulmittagessen

In Wuppertal ist seit Beginn des Schuljahrs 2007/2008 der städtische Zuschuss für das kostenfreie Schulmittagessen für Familien mit Wuppertal-Pass abgeschafft, für viele Kinder die einzige warme und gesunde Mahlzeit am Tag. Der zeitlich befristete Zuschuss von einem Euro („Rüttgers-Modell“) reicht bei weitem nicht aus. Die erschütternden Folgen zeigt die Tatsache, dass jetzt eine „Kinder-Tafel“ eröffnet werden musste. Zudem ist es auch pädagogisch wichtig, gerade diejenigen Schüler/innen, die nicht genug Geld aufbringen können, in die Klassen- und Schulgemeinschaft zu integrieren, statt sie auszugrenzen.

DIE LINKE fordert, dass das Schulmittagessen unter die Verantwortung des Landes fällt und dass die Landesregierung zum einen das kostenfreie Schulmittagessen gesetzlich verankern und zum anderen eine Garantie dafür übernehmen muss. Der Bund sollte ebenfalls Mittel dafür bereitstellen.

Solange aber das Land nicht zu seiner Verantwortung steht, fordert DIE LINKE die Rücknahme des Ratsbeschlusses vom 16.12.2006, mit dem die städtischen Zuschüsse gestrichen worden sind.

Integration von Kindern mit Behinderungen in Wuppertal wohnortnah gewährleisten!

Das Wuppertaler Modell, behinderte Kinder integrativ zu beschulen, muss dringend verbessert werden: Unsinnig ist es, viele Kinder mit geistigen und körperlichen Behinderungen und verhaltensauffällige Kinder in einer Gruppe zusammen fördern zu wollen – und das noch vom selben Förderlehrer.

Integrative Beschulung muss individuell und wohnortnah erfolgen, so dass sich die Kinder auch in ihrer Freizeit sehen können. Daher muss das Recht der Eltern auf eine freie Schulwahl für ihre Kinder auch in Wuppertal gewährleistet werden. Eine integrative Beschulung ist nicht teurer, da alle Schüler/innen mit Förderschulbedarf zusätzliche Landesmittel erhalten, die jedes Kind an die Schule seiner Wahl „mitnehmen“ könnte. Hier müssen die Kinder und nicht die Schulorganisation in den Vordergrund treten.

Migrantenkinder brauchen spezielle Förderung!

Fast 50 % aller Schüler/innen in *allen* Schulformen haben einen Migrationshintergrund. So können und dürfen wir es nicht länger hinnehmen, dass diese Kinder und Jugendlichen nicht in allen ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten gefördert werden.

Eine wesentliche Grundlage für Migrantenkinder ist die Förderung in der Familiensprache, denn hier werden zuerst die Sprachstrukturen entwickelt, die das Kind dann auch auf die deutsche Sprache und weitere Fremdsprachen zu übertragen lernt. Außerdem wird mit differenzierter Sprachentwicklung auch das Denken differenzierter.

Die Schulen brauchen dazu Fortbildungen, um Deutsch als Zweitsprache bzw. als Fremdsprache kompetent vermitteln und somit eine höchstmögliche Förderung der Migrantenkinder erreichen zu können.

Aus diesem Grund will DIE LINKE in der Grundschule die zweisprachige Alphabetisierung einführen, um den Erwerb der Schriftsprache (insbesondere der deutschen) zu verbessern. Solche Modelle existieren in anderen Städten mit großem Erfolg! In Wuppertal soll die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte (RAA) zusammen mit dem Stadtbetrieb Schulen den muttersprachlichen Unterricht organisieren helfen.

8. Kinder- und jugendfreundliche Stadt

Die Lebenswelt junger Menschen findet zu einem großen Teil in Schulen statt, aber längst nicht nur dort. Kinder- und Jugendpolitik ist für DIE LINKE eine Querschnittsaufgabe. Die Belange von Kindern und Jugendlichen müssen Maßstab für die kommunale Sozial-, Schul-, Umwelt-, Kultur- und Verkehrspolitik sein. Aufgabe der Kinder- und Jugendpolitik ist daher einerseits, die Interessen junger Menschen in ihrer Stadt zu vertreten, und andererseits eine spezielle Infrastruktur für sie und die Familien, in denen sie aufwachsen, bereitzuhalten. Unsere Kinder- und Jugendpolitik folgt dabei folgenden Grundsätzen:

- die Einbindung der jungen Menschen in Entscheidungen zu ermöglichen, die sie betreffen;
- einen Beitrag zur Entwicklung toleranter, engagierter und selbstbewusster junger Menschen zu leisten;
- den Bedürfnissen junger Menschen in einer Gesellschaft gerecht zu werden, die in zunehmendem Maße von Armut, Ungleichheit und Unsicherheit auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt gekennzeichnet ist;
- Wuppertal zu einer kinder- und jugendgerechten Stadt zu entwickeln, in der sich alle jungen Menschen unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern oder ihrer Herkunft willkommen und zu Hause fühlen können.

Kommunale Kinder- und Jugendpolitik wird bei der Verwirklichung dieser Grundsätze immer da an Grenzen stoßen, wo die Auswirkungen ungerechter Bildungs-, Sozial- und Finanzpolitik von Landes- und Bundesebene in Wuppertal spürbar werden. DIE LINKE Wuppertal wird diese Missstände offen benennen und versuchen, im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten eine kinder- und jugendgerechte Politik zu entwickeln.

Kinderarmut beseitigen!

Einer der größten Skandale in Deutschland ist die zunehmende Armut von Eltern und Kindern. Diverse Institute wie etwa das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) oder der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) melden steigende Werte. Die Einführung von „Hartz IV“ hat die Situation von Kindern noch verschärft. Junge Menschen, die in Armut aufwachsen, werden in ihren Erfahrungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten beschränkt, ihnen werden die Chancen auf ein Leben in Würde und mit Teilhabe am gesellschaftlichen Leben geraubt. Hier ist vor allem die Bundespolitik gefordert, diesen Skandal zu beenden. Die Linksfraktion im Bundestag hat dazu einen 5-Punkte-Plan vorgelegt. In der Kommune können die gravierenden Auswirkungen der Kinderarmut nur begrenzt aufgefangen werden. DIE LINKE setzt sich auf allen Ebenen für Chancengleichheit und Gerechtigkeit ein!

Jugendfreizeiteinrichtungen erhalten!

DIE LINKE Wuppertal wird sich für den Erhalt und die Schaffung unserer Jugendfreizeiteinrichtungen einsetzen. Das Haus der Jugend in Barmen muss wieder Jugendeinrichtung werden. Nach gültiger Beschlusslage des Rates ist das Haus der Jugend kein Jugendzentrum mehr und soll auch keines mehr werden, weil es andernfalls keine Landesmittel zur Sanierung des Gebäudes gegeben hätte. Wuppertal braucht das Haus der Jugend, das Autonome Zentrum und die kleineren und mittleren Jugendeinrichtungen in den verschiedenen Stadtteilen. Kinder und Jugendliche sollen in den Jugendfreizeiteinrichtungen über Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden dürfen. Die Stadt kann schrittweise die Förderung von Partizipation zu einem Förderkriterium für Jugend- und Freizeiteinrichtungen entwickeln.

DIE LINKE Wuppertal tritt klar für eine partnerschaftliche Kooperation zwischen öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe ein. Genauso klar wenden wir uns aber auch gegen die weitere Auslagerung öffentlicher Aufgaben an private Träger. DIE LINKE fordert, die gesetzlichen Möglichkeiten des Kinder- und Jugendhilfegesetzes auszunutzen. Die Sanierung des kommunalen Haushalts darf nicht auf Kosten der sogenannten freiwilligen Aufgaben gehen. Kein weiterer Personalabbau in den Einrichtungen der Jugendhilfe und im Jugendamt! Die Personalausstattung muss sich nicht nur nach der Zahl junger Menschen, sondern nach ihren tatsächlichen Bedürfnissen richten. Präventionsarbeit im Rahmen bestehender Angebote der Jugendhilfe ist auszubauen. Familien müssen über die Hilfen zur Erziehung, die erst greifen, wenn Probleme bereits entstanden sind, hinausgehend Unterstützung von ihrer Kommune erhalten. Dazu bedarf es frühzeitiger Beratungsangebote.

Kinderschutz stärken!

Dafür müssen insbesondere die Mitarbeiter/innen von Kindertagesstätten und Jugendfreizeiteinrichtungen gestärkt und der persönliche Erstkontakt durch das Jugendamt zum Regelfall werden.

Die Sozialraumorientierung ist ein berechtigter Ansatz der Jugendhilfe. DIE LINKE will sich in Wuppertal dafür einsetzen, dass verschiedene Akteure der Jugendarbeit vor Ort besser vernetzt werden (Schule, KiTa, Jugendfreizeiteinrichtung, Bezirksvertretung, Nachbarschaftseinrichtungen u.a.) und dezentrale, wohnortnahe Angebote für junge Menschen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Dabei müssen aber stets die Bedürfnisse und Lebenswirklichkeiten von Jugendlichen die Planungsgrundlage bilden. Die sozialräumliche Jugendarbeit darf nicht zu einer weiteren Abgabe öffentlicher Verantwortung oder zum Abbau von Leistungen führen.

DIE LINKE schlägt vor, in der kommunalen Jugendarbeit der kommenden fünf Jahre folgende Akzente zu setzen und auszubauen:

Interkulturelle Jugendarbeit: z.B. gemeinsame Projekte mit Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft, Ausbau der Jugendbegegnung mit den Partnerstädten Wuppertals, Jugendmedienprojekte, bei denen junge Menschen ihre Kreativität entdecken, entwickeln und präsentieren können. Die erfolgreiche Arbeit des Wuppertaler Medienprojektes soll fortgeführt werden;

Jugendsport, der junge Menschen ermuntert, sich zu bewegen, und unabhängig vom Geldbeutel der Eltern zugänglich sein soll.

Umwelt- und Verkehrspädagogik: Kinder und Jugendliche, die in einer Großstadt wie Wuppertal aufwachsen, sollen die Möglichkeit bekommen, mit der Natur in Berührung zu kommen. Gerade Wuppertal bietet dafür gute Voraussetzungen. Verkehrspädagogik soll junge Menschen nicht zu unkritischen Verkehrsteilnehmer/innen erziehen, sondern einen sicheren und bewussten Umgang mit Mobilität vorleben. Der internationale „Zu-Fuß-zur-Schule-Tag“ könnte mit Unterstützung des Jugendamtes zu einer festen Institution an Wuppertaler Schulen werden.

Projekte für Toleranz, Demokratie und gegen Rassismus:

Kindern und Jugendlichen soll der Reiz der Vielfalt und Unterschiedlichkeit nahe gebracht werden, um sie so gegen rechte und alltagsrassistische Hetze immun zu machen und auf ein gemeinsames Leben in unserer bunten Stadt vorzubereiten. Ein besonderer Schwerpunkt könnte in der Thematisierung von homo-, bi- und transsexuellen Lebensweisen liegen. Viel zu oft werden auch unter jungen Menschen diese Unterschiede diskriminiert und ausgegrenzt.

Offene Kunstprojekte: junge Menschen, die sich z.B. mit Graffiti-Kunst oder bestimmten Musikrichtungen beschäftigen, sollen nicht kriminalisiert oder geringgeschätzt werden, sondern in offenen Kunstprojekten Anerkennung finden und ihre Fähigkeiten weitergeben können.

9. Grundrecht auf Ausbildung

DIE LINKE unterstützt die DGB-Initiative „Ausbildung für alle“ für ein Grundrecht auf Ausbildung. Die Situation der Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, ist nach wie vor katastrophal. Zwar betonen die Beteiligten des Ausbildungspaktes – Bundesregierung und Wirtschaft – immer wieder dessen Erfolge. Dennoch kommen die Arbeitgeber seit Jahrzehnten ihrer Verantwortung für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen nicht nach. Auch die Industrie- und Handelskammer wird als Einrichtung öffentlichen Rechts dieser Aufgabe nicht gerecht. Sie wäre in der Lage, die Betriebe zur Ausbildung zu bewegen – aber sie tut nichts. Bundesweit erhalten nur 40 % der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss direkt einen Ausbildungsplatz, in Wuppertal sind es nur 17 %. Mehr als die Hälfte der Bewerber sucht schon länger als ein Jahr. Selbst nach der offiziellen Statistik ist der Berg der Altbewerber auf 320 000 angewachsen, wozu noch mindestens ebenso viele nur in Qualifizierungsmaßnahmen geparkt sind. Junge Menschen, die die oft entmutigende und entwürdigende Suche nach einem Ausbildungsplatz ganz aufgegeben haben, werden offiziell nicht erfasst. Von den jetzt 25- 35-Jährigen haben 32 % keine Berufsausbildung.

Das Problem der mangelnden Ausbildung und Lebensperspektive ist eine soziale „Zeitbombe“. Für den einzelnen jungen Menschen ebenso wie für die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Mit jeder heute nicht qualifizierten Nachwuchskraft berauben sich die Unternehmen wichtiger Potenziale, nämlich der Fachkräfte von morgen. Zudem bedeutet jede/r arbeitslose Jugendliche künftige finanzielle Risiken für die Sozialkassen: Er/sie zahlt keine Beiträge und ist stattdessen auf Unterstützung angewiesen. Daher fordern wir ein einklagbares Grundrecht auf Ausbildung gemäß den Fähigkeiten, Fertigkeiten und Neigungen eines jungen Menschen unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Situation.

Auch Wuppertal muss für die Zukunftsperspektiven der Stadt erheblich mehr Anstrengungen leisten, um die Lücke zu schließen. Daher tritt DIE LINKE dafür ein, dass die Kommune weit über ihren eigenen Bedarf hinaus ausbildet und dabei auch solche Bewerber/innen ausbildet, die auf dem sogenannten freien Ausbildungsmarkt eher schlechte Chancen haben. Daher sollten die in der Kommune Beschäftigten mindestens die Sozialstruktur der Kommune abbilden, was insbesondere den Anteil der Förderschul-Absolvent/inn/en und Migrant/inn/en betrifft.

Wuppertal braucht zusätzliche betriebliche Ausbildungsstellen in öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen; alle Betriebe müssen Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen – oder sich an den Ausbildungskosten beteiligen. Diese Beteiligung kann über die örtliche Gewerbesteuer erhoben werden und zusätzliche Anreize schaffen, Ausbildungsplätze bereitzustellen.

Auch für jugendliche ALG II – Empfänger/innen muss Ausbildung Vorrang haben, statt sie zur Aufnahme prekärer Arbeit zu nötigen.

Erwachsenenbildung erhalten und ausbauen

Seit die Volkshochschulen Wuppertal und Solingen zusammengelegt wurden, haben die Einsparungen im Bereich der Erwachsenenbildung deutlich zugenommen. Die Beschäftigten im

Verband der beiden Volkshochschulen haben überwiegend prekäre Arbeitsverhältnisse, befristet und /oder auf Honorarbasis. Projekte, hier Schulabschlüsse nachzuholen, sind weggefallen, seit die ARGE hierfür keine Mittel mehr einsetzen darf. Weniger denn je ist sichergestellt, dass das viel zitierte lebenslange Lernen für jede und jeden Wirklichkeit werden kann.

10. Zusammenleben mit allen Unterschieden

Rund ein Fünftel der Einwohnerschaft Wuppertals hat einen Migrationshintergrund und lebt hier in der zweiten und dritten Generation. Diese Menschen haben hier ihr Zuhause gefunden. Sie leben, lernen und arbeiten hier, nehmen am sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben der Stadt teil. Die Akzeptanz der interkulturellen Realität des gesellschaftlichen Lebens ist eine Grundvoraussetzung, um Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Ausgrenzung und Chancenungleichheit den Boden zu entziehen. In Wuppertal gibt es zahlreiche Projekte, die darauf gerichtet sind, das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher kultureller Herkunft zu fördern. Die Stadtteilarbeit, die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte und andere Bereiche der Stadtverwaltung, Jugendprojekte, die Begegnungsstätte Alte Synagoge, Musikfestivals, interkulturelle Jugendprojekte, Sportvereine, Flüchtlingshilfe, Initiativen, Kirchengemeinden und karitative Verbände sowie nicht zuletzt die Arbeit von Migrantinnenvereinigungen selbst sind nur einige Beispiele für vielfaches Engagement für interkulturelle Entwicklung in unserer Stadt.

Auch die Bestellung eines Integrationsbeauftragten zum 1.8.2008 gehört dazu. Wichtig wäre es, diese Stelle auch mit entsprechenden Befugnissen und Möglichkeiten auszustatten und nicht – wie geplant – mit der Stelle des Ressortleiters für Zuwanderung und Integration zusammenzulegen.

Die gleichberechtigte Mitwirkung aller Menschen im Leben der Stadt muss auf allen Ebenen und in allen Bereichen zur Normalität werden. Dafür gilt es, auf kommunaler Ebene Bedingungen zu schaffen und vorhandene Strukturen auszubauen.

DIE LINKE setzt sich ein für:

Gleichberechtigung und Demokratie im kommunalen Leben!

Die inhaltliche Auseinandersetzung mit Nationalismus, Rassismus und Leitkulturideologie ist notwendig, wo immer diese in der Stadt in Erscheinung treten. Integrationsprojekte sollen sich an dem Ziel orientieren, dass es um einen Prozess des gleichberechtigten Austausches verschiedener Kulturen geht, nicht um die Unterordnung und Assimilation zugewanderter Menschen unter deutsche Gewohnheiten und Traditionen. Im Hinblick auf die Veränderungen gesellschaftlichen interkulturellen Zusammenlebens sollen die Ressourcen von Menschen mit Migrationshintergrund in Verwaltung, Verbänden, Kirchen und Wirtschaft positiv genutzt werden.

Entsprechend ihrem realen Anteil an der Gesamtbevölkerung der Stadt müssen Menschen mit Migrationshintergrund in der Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Personalvertretungen, Verbänden und Migrantinnenvertretungen usw. auf allen Ebenen beteiligt sein.

Gleiches Recht auf Arbeit, Ausbildung und soziale Sicherheit für alle!

Einwanderer, die zum Zwecke der Arbeitssuche nach Deutschland kommen, müssen an ihren Niederlassungsorten Unterstützung erfahren, so durch die kommunale Wohnungsvermittlung, Berufsberatung, Angebote zur Sprachförderung. Die öffentlichen Mittel für berufsfördernde Einrichtungen und Maßnahmen dürfen nicht gekürzt werden. Eine Anhebung der kommunalen Haushaltsmittel für Qualifizierungsprojekte der Volkshochschule, der Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte und freie Träger ist für die kommenden Jahre anzustreben.

Notwendig ist eine kostenlose Rechtsberatung bei Bedarf. Zuwanderer müssen sich nach ihrer Ankunft sachkundig über das Mietrecht, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht informieren können. Flüchtlingen aus Krisengebieten ist eine psychosoziale Betreuung zur Verfügung zu stellen.

Aufeinanderzugehen unterschiedlicher Kulturen in Freizeit und Kultur!

Es müssen mehr Begegnungsräume geschaffen werden. Die Wohnumfeldgestaltung muss den Erfordernissen des interkulturellen Lebens entsprechen. Freizeit- und Begegnungsmöglichkeiten für alle Generationen müssen integrierter Bestandteil sein. Besondere Aufmerksamkeit muss der Entwicklung der Stadtteile mit hohem Migranten- und Migrantinnenanteil gelten. Die Stadtplanung muss die Entwicklung sozialer und kultureller Konzepte für ein gleichberechtigtes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft angemessen berücksichtigen.

Förderkonzepte wie für den Osterturm und Oberbarmen sind auch für andere Stadtteile in Wuppertal anzustreben.

Flüchtlinge würdig aufnehmen – gegen verschärfte Bestimmungen in der Asylgesetzgebung!

Die Stadt muss alle eigenen Ermessensspielräume nutzen, um Menschen in Not zu helfen.

Asylsuchende müssen würdig aufgenommen werden. Dazu gehört:

- Sicherung einer entsprechenden gesundheitlichen Versorgung;
- psychosoziale Betreuung bei Traumatisierten aus Krisengebieten;
- Informationen über Rechte und Möglichkeiten;
- die weitere Auflösung der Sammelunterkünfte und die Unterbringung in individuellen

Wohnungen;

- Benennung einer Härtefallkommission durch den Rat der Stadt, um Flüchtlinge bei der Erlangung ihres Aufenthaltsstatus individuell zu unterstützen;

- Abschaffung der Residenzpflicht. Solange sie besteht, fordern wir eine liberale Handhabung durch die Stadt Wuppertal;

- Legalisierung des Aufenthaltsstatus;

- Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Gesundheits- und Bildungseinrichtungen.

Antifaschismus, Antirassismus und Aktivitäten gegen rechte Gewalt sind auch kommunale Aufgaben

In Wuppertal hat sich in den letzten 25 Jahren eine Kultur entwickelt, die mit den geförderten Initiativen und Einrichtungen ein friedliches Miteinander in dieser Stadt ermöglicht. In diesem Sinne wirken mit beispielhaftem Engagement und Erfolg die Jugendeinrichtungen der Stadt und der freien Träger, die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte, die Volkshochschule, der Jugendring, die Begegnungsstätte Alte Synagoge, Sportvereine und nicht zuletzt die im Jahr 2001 eingerichtete Initiative für Demokratie und Toleranz sowie die VVN/Bund der Antifaschisten.

DIE LINKE wirkt mit ihrer Kommunalpolitik darauf hin, dass die Förderung der verschiedenen sozial, antifaschistisch und auf ein friedliches Miteinander wirkenden Einrichtungen und Aktivitäten erhalten bleibt und weitere Unterstützung erfahren.

Die Kommune muss zur antifaschistischen Selbstorganisation anregen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten finanzielle und räumliche Kapazitäten zur Verfügung stellen.

Straßen und Plätze, die nach Faschisten, Militaristen und deren Sympathisant/inn/en benannt sind, müssen schnellstmöglich umbenannt werden – so z.B. die Lettow-Vorbeck-Straße und die Agnes-Miegel-Straße.

Hinweis: Eine ausführliche Behandlung zu dem Thema „Für ein gleichberechtigtes Miteinander in einer interkulturellen Gesellschaft“ ist in einer Broschüre nachzulesen und kann auch mit der AG Migration/Interkultur der LINKEN diskutiert und weiterentwickelt werden.

11. Kultur ist eine soziale Errungenschaft

Die Kultur umfasst das Ganze der geistigen, künstlerischen und gestaltenden Leistungen einer Gesellschaft.

In dieser Gesellschaft ist die Teilhabe der Bürger/innen an Kultur eine Mindestanforderung an den Sozialstaat. Darum muss dieser entsprechende Mittel bereitstellen, um diese Mindestanforderung zu erfüllen.

DIE LINKE betrachtet Kunst und Kultur darüber hinaus auch als wesentlichen Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge: Die zunehmende gesellschaftliche Spaltung in nach Herkunft und sozialem Status getrennte Milieus bedroht den Zusammenhalt, das Selbstbild und die Identität der Stadt. Um diesem Auseinanderbrechen entgegen zu wirken und um allen Bürger/innen die Teilhabe am kulturellen und gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen, ist Beschäftigung mit Kunst und Kultur wichtig. Insbesondere Kinder und Jugendliche brauchen die Beschäftigung mit Literatur und Theater, mit bildender Kunst und Geschichte, um ihren eigenen Standort in der Gesellschaft zu finden und ihre Fähigkeiten und Begabungen möglichst vielfältig zu entwickeln. Im Zuge der demografischen Entwicklung ist jedoch auch die kulturelle Bildungsarbeit mit Senioren und Seniorinnen zu stärken und auszubauen. Die sich immer schneller wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt erfordern eine ständige Wissenserweiterung und Weiterbildung der Arbeitnehmer/innen. Auch im Zusammenhang mit den Erfordernissen „lebenslangen Lernens“ kommt der kulturellen Bildung eine erhebliche Bedeutung zu. Kultur ist eine „freiwillige“, d.h. von der Kommune selbst gestaltbare Aufgabe. In den letzten Jahrzehnten war dies jedoch der Grund, die Mittel für die Kultur immer wieder zu Haushaltskonsolidierungen heranzuziehen und den Anteil des Kulturetats am städtischen Haushalt zu senken.

Zur Kultur im weiteren Sinne gehören aber auch die Arbeitsbedingungen derjenigen, die Kunst und Kultur produzieren. Insbesondere die „freie“ Kulturszene ist geprägt von prekären Arbeitsverhältnissen, kurzfristig projektbezogenen Beschäftigungsverhältnissen und Löhnen am Rande des Existenzminimums. Qualität und Nachhaltigkeit von Kulturarbeit hängen unabdingbar mit gut ausgebildetem, eingearbeitetem und engagiertem Personal zusammen. Nur mit verlässlicher Finanzierung und sicheren Arbeitsverhältnissen lassen sich gute Ergebnisse erzielen.

In Wuppertal gibt es renommierte Häuser und Einrichtungen für die Veranstaltung kultureller Ereignisse. Sozial Benachteiligten bleibt aber die Teilnahme aufgrund unerschwinglicher Eintrittspreise verwehrt. DIE LINKE fordert deshalb ein Sozialticket „Kultur“, um allen Einwohner/inn/en der Stadt den Zugang zu Kulturveranstaltungen zu ermöglichen. Die Angebote bedürfen einer entsprechenden Gestaltung, vor allem in Bezug auf das Schauspielhaus, das mit seiner hervorragenden Geschichte einen wichtigen Teil der Theaterlandschaft darstellt. Unbestritten bleibt die Gleichberechtigung aller Sparten, die gleichermaßen zu unterstützen sind, doch muss die Rückbesinnung auf die eigentliche Position des Hauses erfolgen, also die des Sprechtheaters. DIE LINKE fordert eine entsprechende Programmstruktur, in der das Hauptaugenmerk auf die Pflege und somit den Erhalt des Sprechtheaters gelegt wird. Das Schauspielhaus muss seinem Namen gerecht werden und ferner ein Ort sowohl für die etablierte als auch für die freie Szene der Stadt sein. Für Musik- und Tanztheater stehen nach seiner Wiedereröffnung am 18. Januar 2009 das Opernhaus und weiterhin die Historische Stadthalle als Veranstaltungsorte zur Verfügung.

In Wuppertal gibt es eine Vielzahl an Kulturschaffenden, die nicht durch die Medien der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden und die die städtischen Einrichtungen für ihre Aktivitäten nicht nutzen können. DIE LINKE fordert die Einrichtung eines kulturellen Netzes in allen Stadtteilen Wuppertals, um die Kultur in ihrer Breite zu fördern. DIE LINKE fordert in diesem Zusammenhang die Einrichtung von Begegnungsstätten durch finanzielle Unterstützung und durch Bereitstellung nicht oder selten genutzter Räumlichkeiten, um allen Kulturschaffenden und –interessierten Foren für künstlerisches Wirken zu bieten.

Für eine effektive Nutzung dieses Netzes fordert DIE LINKE finanzielle Mittel für die Ausarbeitung und Umsetzung kultureller Programme zur aktiven Gestaltung. Dies sind beispielsweise Kreativworkshops für alle Kunstbereiche unter der Leitung Wuppertaler Kulturschaffender, gerichtet an alle interessierten Bürger/inn/en unserer Stadt.

Wuppertal ist reich an Kulturschaffenden aus allen Gebieten der Kunst wie Literatur, Malerei, Musik, Theater etc. Viele von ihnen sind sozialökonomisch benachteiligt, leben sogar von Arbeitslosengeld II. DIE LINKE fordert Unterstützung für Kulturschaffende. Für diese müssen gezielte Projekte ins Leben gerufen werden, die sowohl das kulturelle Leben der Stadt bereichern als auch gleichzeitig den

Künstlern Einkünfte sichern, die ihre Lebenssituation verbessern. Anzustreben ist, dass „Künstler in Hartz IV“ künftig von ihrer Arbeit leben können und somit das kulturelle Leben der Stadt in seiner ganzen Breite gefördert wird.

Das über die Stadtgrenzen hinaus bekannte Fuhlrott-Museum ist zum 31. März 2008 geschlossen worden. Dies ist ein unersetzlicher Verlust für unsere Stadt. Darum fordert DIE LINKE seine baldmögliche Wiedereröffnung und das Zugänglichmachen der wertvollen Sammlung für die Öffentlichkeit.

Überfällig ist es, den städtischen Kulturpreis, der derzeit „von der Heydt-Preis“ heißt, umzubenennen!

12. Möglichkeiten für den Breitensport müssen erhalten bleiben und verbessert werden!

Im Herbst 2008 gab es öffentliche Überlegungen, die Wuppertaler Freibäder nach dem Sommer 2009 zu schließen. Die Konsequenz solcher Schließungen wäre, dass Familien auf teure Privatbäder angewiesen sind, lange Fahrzeiten notwendig werden, um die wenigen Hallenbäder, die es dann noch gibt, erreichen zu können. Erschwingliche Möglichkeiten für Sport bereit zu halten, ist eine wichtige Aufgabe einer Kommune. Gerade Schwimmsport ist von grundlegender Bedeutung für die Menschen in unserer Stadt, das Erlernen des Schwimmens für Kinder eine Notwendigkeit. Wir setzen uns entschieden dafür ein, dass solche Pläne, Freibäder zu schließen, nicht Wirklichkeit werden. Die vorhandenen Sportplätze, Spielplätze und Freiflächen müssen erhalten bleiben, bedarfsgerecht ausgebaut und um weitere Flächen ergänzt werden. Gerade für junge Menschen muss es gut erreichbare, sichere und abwechslungsreiche Möglichkeiten geben, Sport zu betreiben. Solche Möglichkeiten zu nehmen hieße, junge Menschen zurückzuwerfen auf problematische Freizeitgestaltungen wie bspw. Dauerfernsehen oder Konsolenspiele. Dies kann in niemandes Interesse liegen.

13. Kommunalpolitik und Umweltschutz

Umweltpolitik muss dem Wohle der Menschen in einer Stadt dienen. Sie darf daher auch nicht – im Gegensatz zu einigen „grünen“ Vorstellungen – losgelöst von den Interessen der Mehrheit der „kleinen Leute“ betrieben werden. Linke Umweltpolitik muss von den Menschen vor Ort als etwas verstanden werden, das ihren eigenen Interessen nutzt.

So setzen wir uns in Wuppertal vor allem ein für:

lebenswerte, intakte Wohnviertel, in denen neben preiswertem Wohnraum, Spielplätzen etc. auch grüne Oasen mit Wiesen, Gärten, Sträuchern und Bäumen entstehen bzw. gefördert werden, die den Menschen zur Erholung, zur Luftverbesserung und zur Pflege gutnachbarlicher Beziehungen dienen;

den Stopp aller Pläne für die weitere extensive Bebauung von Naherholungsgebieten, Naturschutzgebieten und Biotopen in Stadtrandlage. Stattdessen befürworten wir die Schaffung preiswerten neuen Wohnraums auf den Brachflächen der Innenstädte;

eine neue Baumschutzsatzung, die dem Erhalt vorhandener und dem Pflanzen neuer Bäume – vor allem im Innenstadtbereich – dient und so einen wirkungsvollen Beitrag zur Luftreinhaltung leistet;

den Ausbau und die bessere Anbindung vor allem der äußeren Stadtteile an den Öffentlichen Personennah- und -fernverkehr, verbunden mit der Forderung nach günstigeren Fahrpreisen, damit die Innenstädte und Wohnquartiere vom Individualverkehr und damit der Luftverschmutzung entlastet werden;

den weiteren Ausbau des Radwegenetzes;

die Förderung alternativer Energieerzeugung wie Windkraft- und Photovoltaikanlagen, den Bau weiterer emissionsarmer und energieeffizienter Block-Heizkraftwerke mit „Kraft-Wärme-Koppelung“ etc.

Die Forderung nach Einrichtung von „Umweltzonen“ sollte für uns allerdings nur temporär Bedeutung haben, weil damit nicht die Ursachen der Feinstaub- und CO₂-Belastung, sondern nur die Auswirkungen bekämpft werden.

14. Stadtentwicklung: Wuppertal - lebenswerte Stadt

Wuppertal ist zwar eine alte, gewachsene Industriestadt, hat aber sehr viele Grünflächen, Waldgebiete und nicht zuletzt das Wupperufer, um die Nachteile einer dichten Bebauung in der Stadt auszugleichen. Solche Gebiete müssen erhalten werden. Dies gilt sowohl für Grüngebiete auf den Höhen als auch für das Wupperufer. Wir wenden uns deshalb dagegen, dass Grünflächen zugebaut werden. Dies soll in nächster Zukunft aber unter anderem mit dem Erholungsgebiet Scharpenacken geschehen. Für den Neubau einer Jugend-Justiz-Vollzugsanstalt und einer Finanz- sowie Polizeischule sollen Grünflächen, die unter Naturschutz stehen, verbraucht werden. Noch immer gehen die Stadtplaner davon aus, dass Wuppertal ja so viel Grünfläche habe, dass es auf einzelne Gebiete nicht ankomme. Gegen diese Denkweise wehren wir uns. Tatsächlich werden in NRW täglich 15 ha Land überbaut und versiegelt.

Ebenso wehren wir uns nach wie vor dagegen, dass beispielsweise die „Kleine Höhe“ als Gewerbegebiet erschlossen und ausgewiesen wird. Es kann nicht angehen, dass es Brachflächen ehemaliger Gewerbebetriebe gibt, die ungenutzt liegen, und gleichzeitig Gebiete, die unter Natur- und Landschaftsschutz stehen oder landwirtschaftlich genutzt werden, zu Industriegebieten werden. Auf der anderen Seite nämlich tut sich Wuppertal äußerst schwer, überhaupt Gewerbeunternehmen nach Wuppertal zu holen. Das Gewerbegebiet Steinbecker Meile wurde vollgebaut mit Discountern und Einzelhandelsgeschäften, die schon wegen der notwendigen Parkplätze jeweils einen sehr großen Verbrauch an Grund und Boden haben. Ein großräumiges Gewerbegebiet wurde somit völlig abgewertet, ohne Alternativen zu überlegen. Einzelhandel und Fast-Food-Ketten sind auch die Antworten, um ungenutzte Gewerbeflächen wie das Elba-Gelände und das ehemalige Betriebsgelände der Firma Frowein an der Friedrich-Ebert-Straße zu bebauen. Eine nachhaltige Stadtentwicklung ist das nicht.

Wir sehen es als notwendig an, die Stadtteile zu sanieren, ein lebenswertes Umfeld in den Stadtteilen zu schaffen, Brachflächen für Wohnen und Gewerbe zu nutzen. Weitergeführt werden müssen die Anfänge, das Wupperufer für die Bewohner/inn/en wieder zugänglich zu machen.

Wie sich Stadtverwaltung und Große Kooperation von CDU und SPD aus der Verantwortung stehlen, wird jetzt wieder deutlich:

Ein zentral gelegenes Grundstück, nämlich das Gebiet südwestlich der Schwebebahn-Haltestelle Ohligsmühle, soll an private Großinvestoren verkauft werden. Diesen soll es überlassen bleiben, sich zur Bebauung der wertvollen Fläche etwas einfallen zu lassen. Gerade eine solch zentrale Fläche zu gestalten und zu nutzen, ist allerdings Aufgabe der Stadt. Ihr – und damit uns allen – gehört dieses Gelände. In Zusammenarbeit mit den Bewohnerinnen und Bewohnern dieser Stadt sollten Konzepte entwickelt werden.

Nein zum geplanten Döppersberg-Umbau!

Nein sagen wir auch zum vorgesehenen Umbau am Döppersberg. Abgesehen davon, dass die Stadt keinen Cent an Eigenkapital hatte, als das Projekt beschlossen wurde, und dafür gewinnbringende Anteile der Stadtwerke verkauft wurden, bleibt festzuhalten:

Ein zentraler Busbahnhof auf der Höhe des Hauptbahnhofs ist wenig sinnvoll. Auch ein neuer Busbahnhof gehört ins Tal. Zugänglich gemacht werden muss der geplante Busbahnhof jetzt mit

Rolltreppen und Fahrstühlen. Diese sind störanfällig und verursachen hohe Folgekosten. Alle wissen, wie häufig Personenaufzüge und Rolltreppen an den Schwebbahnhöfen ausfallen.

Die Planung für den gesamten Döppersberg macht ebenso wie der geplante Verkauf des Geländes „Ohligsmühle“ deutlich: Neue Zentren sollen aufgebaut werden, ohne dass irgendwelche Pläne dafür bestehen, mit dem gewachsenen Zentrum Elberfeld umzugehen. Neue Leerstände sind hier vorprogrammiert. Wir sehen die Notwendigkeit, die Zentren Barmen und Elberfeld aufzuwerten und wieder zu Lebenszentren der Stadt werden zu lassen. Großprojekte müssen sich in eine solche Zielsetzung einfügen lassen.

Bezahlbare Wohnungen

Lebenswertes Wuppertal heißt für uns auch, gute und bezahlbare Wohnungen zu erhalten. Gegenwärtig erleben wir eine beispiellose Privatisierung öffentlicher Wohnungen. Nach dem Verkauf von etwa 4 000 Wohnungen durch die GWG stehen weitere Veränderungen nach dem Verkauf der LEG durch das Land NRW an. Die LEG hat in Wuppertal etwa 1200 Wohnungen. Statt diesen Wohnungsbestand zu pflegen und zu erhalten, werden Wohnungen und damit Mietverhältnisse an internationale Investoren verkauft - mit allen kaum absehbaren Folgen für die in den Häusern lebenden Menschen. Diese Entwicklung werden wir nicht mittragen. Es muss wieder ein städtisches Vorkaufsrecht geben, um solche Entwicklungen zu verhindern. Grundstücke müssen für eine vernünftige Stadtplanung erhalten bleiben.

Dringend notwendig ist örtliche und regionale Wirtschaftsförderung. Allerdings muss Wirtschaftsförderung strikt damit verknüpft sein, dass dauerhaft Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Fördermittel müssen zurückgefordert werden können, wenn Auflagen verletzt werden. Gleiches gilt für die Beachtung der Umweltbelange, die wir oben dargestellt haben.

Zusätzlich zu diesem Programm werden wir für die einzelnen Stadtteile unsere Forderungen gesondert aufstellen und vor Ort verbreiten.